

Statements nach Themenclustern

- **Gerechte Verteilung**

Eine Steuerreform sollte möglichst wachstumsfreundlich sein. Die OECD hat empfohlen, die Steuern auf Arbeit in Österreich zu senken und gleichzeitig in anderen Bereichen – etwa bei Immobilien – Anpassungen vorzunehmen. Studien zeigen, dass hierzulande die Steuern auf Arbeit überdurchschnittlich hoch, die Steuern auf Millionervermögen aber gering sind. Der COFAG U-Ausschuss ergab, dass Milliardäre in Österreich – gemessen an ihrem Einkommen – etwa die Hälfte an Steuern zahlen wie Durchschnittsverdiener*innen. Mit einer Millionärssteuer (Modell Schweiz) bzw. einer Erbschafts- und Schenkungssteuer für Millionenerbschaften will die SPÖ das ändern. So schaffen wir Spielraum, um die Steuern auf Arbeit deutlich zu senken. Diese Gegenfinanzierung ist notwendig, da ÖVP/Grüne ein Milliardenbudgetloch hinterlassen.

Mehr dazu auch unter: www.spoe.at/millionaerssteuern.

Die SPÖ hat im Parlament mehrfach Anträge eingebracht, damit der derzeitige Spitzensteuersatz von 55 Prozent nach dem kommenden Jahr nicht ausläuft. Diese fanden keine Mehrheit.

Die SPÖ setzt sich dafür ein, Steuerschlupflöcher für Multimillionäre konsequent zu schließen. Das Steuerrecht muss einfacher und weniger gestaltungsanfällig gemacht werden, um Gewinnverschiebungen zu unterbinden.

Die finanzielle Absicherung von Müttern und Familien ist wichtig, damit Kinder und ihre Familien auch bei schwierigen finanziellen, aber auch sozialen und gesundheitlichen Herausforderungen (etwa der Betreuung von Kindern mit Behinderungen) unterstützt werden. Kinderrechte sind seit jeher ein Herzensanliegen der SPÖ. Der SPÖ-Bundesparteivorsitzende Andreas Babler kämpft darum, die Rechte von Kindern zu sichern, damit alle Kinder alle Chancen bekommen. Dazu zählt der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso, wie die Abschaffung der (Kinder-)Armut. Die SPÖ fordert daher unter anderem die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Mehr dazu auch unter: www.mit-herz-und-hirn.at

Die SPÖ steht für eine Stärkung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung von flächendeckenden Erhöhungen niedriger Löhne und Gehälter.

- **Klimaschutz**

Der Klimarat hat zahlreiche wertvolle Vorschläge erarbeitet. Viele davon, etwa ein Vernichtungsverbot für Neuwaren, ein Wegwerfverbot für Lebensmittel oder eine flächendeckende LKW-Maut, ließen sich rasch umsetzen.

Die SPÖ setzt sich vehement für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein. Die erste Wahl bei der Umsetzung der Elektromobilität ist die ÖBB und somit der öffentliche Verkehr.

Wir wissen, für viele Menschen sind Tempolimits ein emotionales Thema. Daher soll eine Temporeduktion bewusst von der Bevölkerung selbst getragen sein. Was sich Menschen vor ihrer eigenen Haustüre und in ihrer Wohnstraße wünschen, sind weniger Geschwindigkeit, weniger Emissionen, weniger Lärm – und mehr Lebensqualität und Sicherheit.

Es sind keine über die bisherige bereits bestehende Besteuerung wie NoVA, MÖSt, Umsatzsteuer hinausgehenden Maßnahmen seitens der SPÖ geplant. Bereits jetzt werden große und schnelle Autos durch diese Steuern belastet.

Um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu steigern, benötigt es weitere Maßnahmen wie zum Beispiel attraktive Takt-Fahrpläne auch im ländlichen Raum, zwingende Anschlüsse an den öffentlichen Verkehr von bestimmten Großbauvorhaben (Einkaufszentren etc.), Zugang der öffentlichen Verkehrsmittel für alle, Bahnhöfe als Micro-Hubs, Micro-Verkehre ausbauen, Ruftaxis, etc.

Die Nutzung fossiler Energieträger ist die wesentliche Ursache für die Erderwärmung. Deshalb müssen sie in allen Bereichen durch klimaverträgliche Alternativen ersetzt werden. Bei der Stromerzeugung sind wir auf einem guten Weg und profitieren vom historischen Ausbau der Wasserkraft, bei der Raumwärme gibt es etwa vielfältige Alternativen zu fossilen Heizsystemen. Im Verkehr und der industriellen Produktion gibt es noch größere Herausforderungen, die aber mit engagierter Industrie- und Infrastrukturpolitik zu bewältigen sind.

Unser Ressourcenverbrauch liegt derzeit deutlich über der Naturverträglichkeit, deshalb müssen wir stärker auf Konzepte der Kreislaufwirtschaft setzen, mit denen Ressourcen nicht mehr so leicht verloren gehen.

Die Transformation der Wirtschaft hin zu Klima- und Ressourcenverträglichkeit ist eine gewaltige Herausforderung, bei der wir eine aktive Rolle des Staates sehen, der etwa mit einem Transformationsfonds die strategische Steuerung der Dekarbonisierung übernimmt. Abseits der Klimakrise ist die Bedrohung der Artenvielfalt das wesentliche Problem. Durch exzessiven Chemikalieneinsatz und die Versiegelung von Böden sind wertvolle Ökosysteme verloren gegangen oder in Bedrohung geraten. Mit engagierten Renaturierungsmaßnahmen wollen wir dafür sorgen, dass die Vielfalt von Naturräumen erhalten bleibt und sogar gestärkt wird.

Mehr dazu auch unter: www.spoe.at/aktuelles/klima-trafo-jobs-schaffen-wirtschaft-staerken-klima-schuetzen/

- **Bildung**

Wir stehen für faire Chancen für alle Kinder und haben den Anspruch an ein Bildungssystem, das auf dem Fundament der Chancengerechtigkeit für jedes Kind aufbaut – kein Kind darf zurückgelassen werden. Dabei stehen die Ermächtigung jeder und jedes Einzelnen zur selbstbestimmten Gestaltung des eigenen Lebens, die Förderung und Begleitung im institutionellen Umfeld und der Leistungsgedanke einer zeitgemäßen Pädagogik im Mittelpunkt. Kinder und ihre Eltern müssen in unser Bildungssystem vertrauen können.

Kinderkrippen und Kindergärten sind die ersten Bildungseinrichtungen und sind der Schlüssel zum Erfolg bei Potential-, Begabungs- und Sprachförderung. Damit der Besuch des Kindergartens überall in Österreich die gleichen Bildungschancen garantiert, braucht es bestens qualifiziertes Personal sowie klar vorgegebene pädagogische und organisatorische Standards. Die SPÖ setzt sich für einen Rechtsanspruch auf einen gratis Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr ein.

Schule ist für die SPÖ eine gemeinsame, ganztägige, inklusive und kostenfreie Schule für alle Kinder, die nicht nur als Ort der reinen Wissensvermittlung wahrgenommen wird, sondern durch Nachmittagsprogramm, Freizeitaktivitäten etc. eine gezielte und individuelle

Förderung der Stärken und Talente von Schüler*innen bieten soll. Kinder sollen ohne Schultasche in die Schule kommen können und ohne Hausaufgaben wieder nach Hause gehen. Vor allem durch die verschränkte Ganztagschule werden die Schüler*innen durch den altersgemäßen Ablauf von Lern-, Ruhe-, Spiel-, Förder- und Essenszeiten optimal gefördert und in ihrer persönlichen und leistungsbezogenen Entwicklung unterstützt. Davon profitieren die Kinder, die Eltern aber auch die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Dass das dringend nötig ist, bestätigen die Studienergebnisse. Im SPÖ-Ganztagschulmodell passiert Bildung in den Schulen und ist entsprechend nicht abhängig von den Möglichkeiten der Eltern. Auch hinsichtlich der besorgniserregenden Kinderarmutzzahlen schaffen Ganztagschulen Abhilfe: Wir können so jedem Kind ein gesundes, warmes Mittagessen garantieren – das ist aktuell für 78.000 Kinder nicht möglich. Außerdem fällt der Bedarf für private Nachhilfe weg und es wird ermöglicht, dass Kinder unabhängig vom Geldbörsel der Eltern gefördert werden.

In den letzten Jahren haben sich die Herausforderungen, mit denen unsere Kinder konfrontiert werden, verändert – aus diesem Grund hat sich die SPÖ auch im Parlament für ein Maßnahmenpaket zum Ausbau der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie und sozialpädagogischen Arbeit an Schulen ausgesprochen. Außerdem soll es einen vermehrten Einsatz multiprofessioneller Teams an Schulen geben. Kinder und Jugendliche dürfen mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. Gezielte Vorbeugungs- und Unterstützungsmaßnahmen können hier wesentliche Verbesserungen herbeiführen. Mehr dazu auch unter: www.mit-herz-und-hirn.at

- **Wohnen**

Die SPÖ tritt dafür ein, dass mindestens 50 Prozent der Neuwidmungen von Bauflächen in Ballungsräumen für den sozialen Wohnbau reserviert werden.

Die SPÖ fordert seit Monaten einen Zinspreisdeckel für Häuslbauer von max. 3 Prozent p.a. – finanziert durch eine teilweise Abschöpfung der Übergewinne der Banken

Genossenschaften dürfen keine Gewinne machen (bzw. nur geringe), da sie nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten. Gewerblichen Bauträgern, die im Bereich sozialer Wohnbau tätig sind könnten Mietpreisbeschränkungen auferlegt werden. Eine Lösung wäre das von der SPÖ vorgeschlagene Universalmietrecht.

Die Überprüfung von Bauvorschriften auf ihre Sinnhaftigkeit ist immer zu begrüßen, wie z. B. die Stellplatzverordnung. Die Reduzierung von Vorschriften darf aber nicht auf Kosten der Sicherheit, der Mieter*innen und der Beschäftigten im Baugewerbe erfolgen. Außerdem fällt beispielsweise die Bauordnung in den Kompetenzbereich der Bundesländer.

Eine sozial und ökologisch ausgewogene Nachverdichtung könnte mehr Wohnraum schaffen steht aber oft im Spannungsverhältnis mit den betroffenen Bewohner*innen. Diese gehören daher unbedingt eingebunden. Ohne eine Priorisierung und ausreichend finanzielle Unterstützung müssen Sanierungen rasch in Angriff genommen werden, was auch zu einer Belebung der Konjunktur in der Bauwirtschaft führt.

Die SPÖ fordert kurzfristig einen Stopp der Mieterhöhungen bis Ende 2026 und danach eine Indexierung von max. 2 Prozent p.a. sowie die Wiedereinführung der von der ÖVP/FPÖ-Regierung liquidierten Wohnbauinvestitionsbank (WBIB), um wieder günstige Kredite für die Wohnungswirtschaft zur Verfügung stellen zu können.

Mittelfristig soll die Einführung eines neuen, transparenten Mietrechts sowie ein Aus für befristete Wohnungsmietverträge vor allem für juristische Personen (Immobilienkonzerne) umgesetzt werden – für private Einzelvermieter*innen kann eine Ausnahme erfolgen.

- **Gesundheit**

Die SPÖ unterstützt alle von Ihnen angeführten Forderungen.

Die Sozialversicherten in Österreich müssen auf ein gutes Gesundheitswesen vertrauen können. Die soziale Krankenversicherung hat dafür einen unverzichtbaren Beitrag zu leisten und sicher zu stellen, dass alle Versicherten gleichermaßen ihre notwendigen Leistungen kostenfrei erhalten. Das muss in Zukunft wieder gewährleistet sein.

Gesundheit ist eine kollektive Aufgabe. Es geht um Gerechtigkeit und Respekt vor den Menschen – sowohl gegenüber Patient*innen, als auch gegenüber den Beschäftigten im Gesundheitswesen. Die SPÖ bekennt sich daher zu einem starken öffentlichen Gesundheitssystem und zu gleichen Leistungen für alle Versicherten.

Das öffentliche Gesundheitssystem ist aber, nicht zuletzt durch die Beschädigungen von zwei schwarz-blauen Bundesregierungen, in der Kritik. Immer längere Wartezeiten auf Arzttermine, Therapien und Operationen, immer mehr geschlossene Krankenhausabteilungen, überfüllte Hausarztpraxen und Ambulanzen, nicht verfügbare Arzneimittel, und vieles mehr führen dazu, dass jene, die es sich leisten können, auf private Leistungen ausweichen. Mehr als 10 Mrd. private Zuzahlungen im Gesundheitswesen sprechen eine deutliche Sprache und sind inakzeptabel.

Die SPÖ bekennt sich daher zum gleichen Zugang zur besten Gesundheitsversorgung für alle Versicherten in Österreich.

Um diese Ansprüche auch in die Tat umzusetzen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen: Ein österreichweiter modernisierter Gesamtvertrag, verstärkte Zusammenarbeitsmöglichkeiten und mehr Medizinstudent*innen, die sich freiwillig verpflichten dem öffentlichen System nach der Ausbildung zumindest für eine gewisse Zeit zur Verfügung zu stehen, können dazu beitragen, dass die Anzahl von Kassenvertragsärzt*innen wieder steigen und damit die Versorgung der Bevölkerung wieder verbessert wird. Wir wollen, dass man sich darauf verlassen kann, einen Arzttermin innerhalb von 14 Tagen zu erhalten, wenn man ihn braucht.

Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit müssen ebenfalls verbessert werden. Das kann beispielsweise durch zusätzliche Angebote, wie PVE, Kinder-PVE, Erstversorgungszentren, Gruppenpraxen und öffentliche Ambulatorien im niedergelassenen Bereich erfolgen. Auch im Bereich der psychosozialen Versorgung gilt es aufzuholen. Insbesondere der Versorgung von Kindern und Jugendlichen muss dabei Vorrang eingeräumt werden. Wir dürfen nicht riskieren, eine ganz Generation, die durch die verschiedenen Krisen belastet wurde, zurückzulassen. Die Behandlung psychischer Erkrankungen muss für alle Betroffenen eine Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung sein und in entsprechendem Ausmaß zur Verfügung stehen. Dafür wird sich die SPÖ einsetzen.

- **Care Arbeit**

Die gerechte Verteilung der Care Arbeit ist Voraussetzung für Einkommensgerechtigkeit. Dass die unbezahlte Arbeit in der Pflege oder der Kinderbetreuung nach wie vor größtenteils von Frauen ausgeführt wird, muss sich ändern. Care Arbeit muss fair und gleichberechtigt aufgeteilt werden. Dazu braucht es einen Rechtsanspruch auf kostenfreie ganztägige Kinderbildungsplätze in ganz Österreich und damit verbunden einen massiven Ausbau von Betreuungsplätzen in ganz Österreich.

Die angesprochene Situation von pflegenden Angehörigen ist aus Sicht der SPÖ eine gemeinsame Aufgabe von Gesellschaft und Profis. Um pflegende Angehörige besser unterstützen und entlasten zu können, braucht es ein Bündel an Maßnahmen. Um nur einige zu nennen: Beratung und Betreuung durch geschultes Personal von Beginn der Pflegebedürftigkeit an, flächendeckende Verfügbarkeit (vor allem in den ländlichen Regionen) mobiler und teilstationärer Dienste, Ausbau aller mobilen Dienste (Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Alltagsbegleitung, Besuchsdienst etc.) sowie der teilstationären Angebote (Tageszentren). Das Angebot – auch stundenweise an Wochenenden, Abenden und in der Nacht – muss ausgeweitet werden. Dazu braucht es bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer*innen in den Diensten. Für berufstätige pflegende Angehörige braucht es darüber hinaus Verbesserungen im Arbeitsrecht.

- **Migration**

Die SPÖ steht für Menschlichkeit und Ordnung. Es braucht rasche Asylverfahren an den EU-Außengrenzen und eine faire Verteilung von Asylwerber*innen in Europa aber auch in Österreich. Es braucht sichere Rückführungsabkommen für jene, die kein Asyl erhalten, und wer arbeitet und sich in Österreich ein Leben aufgebaut hat, sollte die Chance auf eine andere Aufenthaltsberechtigung erhalten.

Integration bedeutet, dass man Deutsch lernt, einen Beruf hat und sich in die Gesellschaft einbringt. Wir müssen Menschen, die zu uns kommen, ein klares Ziel geben, einen Integrations-Kompass: Das sind unsere unverrückbaren Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte. Integration scheitert oft an fehlenden Angeboten. Darum braucht es Deutschkurse ab dem ersten Tag, kleine Unterkünfte, die einen besseren Kontakt zur Bevölkerung ermöglichen anstelle von Massenquartieren und die Wiedereinführung des verpflichtenden Integrationsjahres.

Mehr dazu auch unter: www.spoe.at/asyl-und-integration/

- **Friedenspolitik und Verteidigung**

Die SPÖ teilt viele Ihrer Überlegungen und Forderungen zum Thema Frieden und Sicherheit. Wir sehen darin die entscheidende außenpolitische Herausforderung für die kommenden Jahre. Weltweit sind 92 Länder in Konflikte verwickelt, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Im vergangenen Jahr gaben Staaten für Waffen und Rüstung so viel aus, wie nie zuvor. Österreich soll mit einer aktiven und engagierten Neutralitätspolitik einen Beitrag für Frieden und Sicherheit sowie eine gerechte und nachhaltige Welt leisten. Österreich soll sich stärker für Abrüstung, Rüstungskontrolle und das Ende der atomaren Aufrüstung einsetzen. Eine Veröffentlichung von Gewinnen der Rüstungsindustrie unterstützen wir.

Freiheit und Sicherheit sind eine Einheit, sie dürfen nicht getrennt voneinander gesehen werden. Das Österreichische Bundesheer ist dazu berufen, Österreich vor möglichen Gefahren von außen wirksam zu schützen – nämlich dann, wenn der Ernstfall eintritt und sich Österreich gegen Angriffe verteidigen muss. Es sind die Soldat*innen des österreichischen Bundesheeres, die uns im Ernstfall verteidigen. Darunter auch viele gläubige Menschen.

Für die SPÖ ist Neutralität ein wichtiger Teil des österreichischen Selbstverständnisses. Gerade, weil Österreich neutral ist und Wien einer der Amtssitze der Vereinten Nationen, hat die Verteidigung des Völkerrechts für uns einen besonders hohen Stellenwert. Neutralität

bedeutet auch nicht gleichgültig zu sein, wenn es um Werte, Prinzipien und die Einhaltung der Menschenrechte geht.

Die Neutralität muss dafür genutzt werden, dass kriegerische Konflikte verhindert werden. Die friedenssichernden Missionen des österreichischen Bundesheeres sind ein Ausdruck dieser aktiven Außen- und Sicherheitspolitik und sind für uns eine zentrale Aufgabe des Bundesheeres. Österreich als neutraler Staat sollte gerade bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit eine internationale Vorbildrolle einnehmen.

Die SPÖ tritt für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und einen fairen Welthandel ein und daher auch dafür, die Länder des globalen Südens als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Mindestens 0,7 Prozent des BNE sollen per Gesetz für globale Nachhaltigkeitspolitik und eine Verstärkung der Bildungsarbeit in diesem Bereich eingesetzt werden. Der Kampf gegen Armut, Hunger und Unterernährung muss weit entschlossener geführt werden als in der Vergangenheit. Das Engagement zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 muss intensiviert werden. Unsere Partnerländer im Süden müssen die Chance haben, sich wirtschaftlich breiter aufzustellen und in überregionale Wertschöpfungsketten zu integrieren. Mit dem Lieferkettengesetz schaffen wir verbindliche Regeln entlang der gesamten Lieferkette und verbessern somit die unternehmerischen Sorgfaltspflichten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Die Forderung nach Vermeidung von wirtschaftlicher Abhängigkeit von autoritären, nicht demokratischen und gewaltbereiten Staaten spricht ein wichtiges Problemfeld an: Die Europäische Union hat sich in den strategisch relevanten Bereichen Energie, Rohstoffe, Technologie, Lebensmittel und Medikamente in Abhängigkeiten zu anderen Staaten und globalen Playern begeben. Die SPÖ will einen „Selbstversorgungsplan“ für die Produktion lebenswichtiger Güter – für ein souveränes Europa, in dem Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit garantiert sind. Dafür braucht es eine aktive und vorausschauende EU-Industriepolitik.